Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 9

Artikel: Sozialistische Internationale : Gespräche in Moskau
Autor: Ziegler, Jean
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340506

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der Endlichkeit der ganzen Menschheit, des menschlichen Geistes, abzufinden. Leider haben sich viele Vertreter unserer Generation an die Kernwaffen gewöhnt. Bei vielen sind sie zu einer Art Idol des Bewusstseins geworden, das immer neue Opfer fordert. Es gibt auch solche, die das nukleare Wettrüsten beinahe zur Garantie für die Erhaltung des Friedens erklären.
Leider haben die Kernwaffen in vieler Hinsicht die Zeit geprägt, in der wir leben. Natürlich bedeutet ihre Beseitigung keine Rückkehr zu dem, was vorher war. Der Verzicht auf die nukleare Abschreckung darf denjenigen, die mit militärischen Abenteuern liebäugeln, nicht freie Hand lassen.
Das ist absolut keine müssige Frage. Manch einer sieht die Antwort darauf in der Vervollkommnung anderer Komponenten der militärischen Macht, der konventionellen Rüstung. Das ist ein untauglicher, ein verhängnisvoller Weg.

Die Humanisierung der internationalen Politik

In die postnukleare Ära muss die Menschheit, nachdem sie die nuklearen Gebrechen überwunden hat, gestärkt eintreten. Sie wird Immunität gegenüber Gewalt und den Versuchen erlangen, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Gegenwärtig sind die internationalen Beziehungen durch den Kult der Stärke und der Militarisierung des inneren Gehalts beraubt. Hieraus ergibt sich die Aufgabe, die internationalen Beziehungen zu humanisieren.
Ist das möglich oder nicht? Die einen meinen, es sei möglich. Andere meinen, dass es nicht möglich sei. Es lohnt nicht, jetzt darüber zu streiten. Ich meine, dass die unerlässliche objektive Notwendigkeit sich durchsetzen wird. Die Völker werden sich insgesamt dessen immer mehr bewusst. Es ist das Verständnis gereift, dass ein Nuklearkrieg nicht geführt werden darf. Also machen wir für den Anfang den ersten grossen Schritt – reduzieren wir die Kernwaffenarsenale, verlegen wir den Waffen den Weg in den Weltraum. Lasst uns nutzen, was wir in Reykjavik erreicht haben, und weitergehen. Warten wir ab, wie das die internationale Atmosphäre beeinflusst. Ich persönlich denke, dass mit jedem dieser Schritte das Vertrauen wachsen wird und sich neue Horizonte der Zusammenarbeit eröffnen werden.
Dazu müssen auch die Demokratisierung des Denkens auf internationaler Ebene sowie die gleichberechtigte, eigenständige und aktive Beteiligung aller Staaten – der grossen, kleinen und mittleren – an den Angelegenheiten der internationalen Gemeinschaft beitragen.
Zur «Humanisierung» der internationalen Beziehungen sind entsprechende Aktionen auch auf humanitärem Gebiet erforderlich, darunter auch auf den Gebieten der Information, der menschlichen Kontakte, des künstlerischen Austauschs und in anderen Bereichen. Das wird helfen, moralische Garantien für die Erhaltung des Friedens zu schaffen, und damit zur Erarbeitung materieller Garantien beitragen. Die aggressive Informationspolitik, die von einigen Ländern praktiziert wird, führt nicht nur zu geistiger Verkümmerung, sondern stört auch den normalen Dialog zwischen Menschen verschiedener Länder und die gegenseitige Bereicherung der Kulturen. Sie bringt Feindseligkeit und Entfremdung zwischen den Völkern hervor.
Sie werden mir sicher beipflichten, dass ein Volk, das die Kultur und die Kunst anderer Völker kennt und schätzt, ihnen gegenüber keine bösen Gefühle hegen kann.
Die Zeit wird immer knapper, je grösser die Gefahr der Verlängerung der Rüstungsspirale wird, aber auch im Zusammenhang mit der drastischen Zuspitzung der regionalen und der sogenannten globalen Probleme. Sie darf nicht mehr verschwendet werden für Versuche, sich gegenseitig auszuspielen und einseitige Vorteile zu erlangen. Der Einsatz in diesem Spiel – das Überleben der Menschheit – ist zu hoch. Deswegen wird die Berücksichtigung des kritischen Zeitfaktors lebensnotwendig.

Mögen die Ideen des Forums in jeden Winkel der Erde dringen, die Auffassungen sich annähern, sich das gegenseitige Verständnis erweitern. Mögen ihre Anstrengungen helfen, zu einer kernwaffenfreien und gewaltlosen Welt beizutragen – um der Unsterblichkeit der menschlichen Zivilisation willen.

Sozialistische Internationale

Gespräche in Moskau

Von Nationalrat Jean Ziegler

Eine Delegation des Büros der Sozialistischen Internationalen unter der Leitung von Kalevi Sorsa weilte zu verschiedenen Gesprächen in Washington und Moskau. Ich selbst war am 1./2. Juni 1987 in Moskau mit dabei. In Moskau gab es zwei Sitzungen: eine erste, sehr feierliche, mit der sowjetischen Regierungsspitze, die von Andrej Gromiko präsidiert wurde. Die zweite Runde fand mit den Spitzen der Partei statt: sie war länger, intensiver und auch streitbarer. Die Delegation der

KPdSU stand unter der Leitung des neuen, gescheiten Vorstehers der internationalen Abteilung, Dobrynin. Im weiteren umfasste die Delegation zwei Generale aus dem Generalsstab, Angehörige der Akademie, Vizeminister, stellvertretende Mitglieder des Politbüros sowie Angehörige und Sekretäre des Zentralkomitees.
Auf der Traktandenliste standen drei Themen:

1. die im April vom Büro der SI in Rom gefällten Entscheide in bezug auf die Abrüstung
2. eine allfällige europäische Abrüstung im konventionellen Bereich
3. der sowjetische Vorschlag, zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution eine grosse Konferenz aller europäischen sozialistischen Parteien nach Moskau einzuberufen.

Vom ersten Punkt wird die SPS direkt nicht berührt. In ihrer Sitzung vom 20. März 1987 hat die Geschäftsleitung ihre Position festgelegt, die ich dann in Rom vertreten habe.

Bei Punkt zwei ist die Schweiz hinsichtlich ihrer künftigen Militär- und Ausgabenpolitik angesprochen: die SI verlangt von der Sowjetunion, im kommenden Vertrag über die Mittelstreckenraketen in Europa eine Klausel einzubauen, wonach unverzüglich unter den 23 Staaten Verhandlungen über die Reduktion der konventionellen Rüstung eingeleitet werden sollen. Geschieht dies nicht, werden die bürgerlichen Kreise in unseren Ländern unter Berufung auf die Übermacht der UdSSR im Bereich der konventionellen Rüstung für den Westen Nachrüstung fordern. Damit kommen wir Sozialisten, vor allem die Parlamentarier, in eine missliche politische und auch psychologische Lage. – Die sowjetische Delegation zeigte für diese Auffassung kein Verständnis: für sie gibt es keine «organische» Verbindung zwischen den verschiedenen Verhandlungsebenen.

Punkt drei: die geplante Moskauer Konferenz der sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die Sowjets wollen eine völlig freie Diskussion, ohne bestimmte Tagesordnung, zu verschiedensten Themen wie zum Beispiel Menschenrechte, Pluralität der politischen Parteien, Wiederbelebung der UNO.

Unter Premierminister Chirac ist die feministische Sicht überholt

Frost für Frankreichs Frauen

Von Krista Scheurer

Von 1981 bis 1986 galt Frankreich für Frauenrechtlerinnen als Beispiel: insgesamt vier Ministerinnen mit wichtigen Ämtern. Und fünf Jahre lang hatte die sozialistische Regierung hier das Ministerium für die Rechte der Frau ausgebaut. Ministerin Yvette Roudy konnte sich trotz zahlreicher Schwierigkeiten immer mehr durchsetzen, Kampagnen ankurbeln und Gesetzesänderungen erreichen. Bestürzt musste man nach dem Wahlsieg der Konservativen feststellen, dass für Frankreichs Frauen frostige Zeiten angebrochen waren. Im März 1986 wurde das Frauenministerium eiskalt aufgelöst. Zuerst gab es überhaupt keine Frau in dem neuen Kabinett, nur drei untergeordnete Staatssekretärinnen. Danach wurde mit Verspätung doch noch eine Ministerin für Gesundheit und Familie ernannt. Die Besetzung dieses Ressorts war zuerst überhaupt «vergessen» worden. Die Tendenzwende für Frankreichs Frauen war durchgreifend.
Abbau von Frauendiskriminierung ist für Frankreichs Regierung seither kein gesellschaftspolitisches Anliegen mehr. Der neue Premierminister Chirac widmete in seiner Antrittserklärung frauenspezifischen Belangen (immerhin sind 53 Prozent der französischen Bevölkerung weiblichen Geschlechts) keine Silbe. Und so eilig es das neue «Kabinett im Nadelstreif» mit Problemen wie Entstaatlichungen und Lohnstopp hatte, so sehr liess es sich in Frauenfragen Zeit. Mehrere Wochen hindurch gab es für die 80 Angestellten des abgesägten Frauenministeriums totale Ungewissheit über alle laufenden Aktionen, Projekte, Förderungen und Zuschüsse, arbeitende Kommissionen und nicht zuletzt über die eigenen Arbeitsplätze. Auch die regionalen Vertretungen – ein dezentralisiertes Netz von Bevollmächtigten – waren einige Wochen über ihr Schicksal im Ungewissen. Ex-Ministerin Roudy: «Das ist ihre Revanche.»
Einen Monat nach der Regierungsbildung bequemte sich der Ministerrat zur Ernennung einer «Frauendelegierten». Dass diese dem Sozialminister untersteht, spricht Bände. Keine Ministerebene mehr für die Rechte der Frau. Name, Rang, Kompetenzen und Budget fallen weit hinter bereits Erkämpftes zurück. Unter der Telefonnummer des Frauenministeriums meldet sich seither – das «Ministerium für Algerienfranzosen».